

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 15. Juli 1919

Fernsprecher 21 366
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14757

Besprechpreis: Ausgabe A mit Illust. Beilage vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.50 M. — Ausgabe B vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.00 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenlagen nachmittags. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vor. — Preis für die Zeit-Spalte 40 M. im Restanteil 1 M. Familien-Anzeigen 20 M. — Für wöchentlich gedruckte, sonst durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Das Zustandekommen des Schulkompromisses

Nach den aus Weimar vorliegenden Meldungen kann kaum ein Zweifel darüber mehr bestehen, daß das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Nationalversammlung gesichert ist. Es beruht auf der Anerkennung der gegenseitigen Freiheit, wie wir sie hier immer gefordert haben. Damit ist aber für das christliche Volk die konfessionelle Schule gesichert.

Über die Einzelheiten des Kompromisses wird uns aus Weimar folgendes gemeldet:

„Im Artikel 143 Abs. 2 heißt es jetzt: Ob die Schule innerhalb der Gemeinden für alle Bekennnisse gemeinsam oder nach Bekennnissen getrennt oder bekennnisfrei (weltlich) sein soll, entscheidet der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit dies mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen ist. Das Nächste bestimmt ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz.“ Art. 143 Abs. 2 lautet jetzt folgendermaßen: „Für den Zugang Minderbemittelten zu den mittleren und höheren Schulen sind durch das Reich, die Länder und die Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbehelfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.“

Der Art. 141 soll jetzt heißen: „Privatschulen als Orts für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen, sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und im Falle der Erziehung von Schulgeld durch Abstufung des Schulgeldes auch minderbemittelten Volkschichten zugänglich gemacht werden.“

Ein weiterer Absatz heißt: „Privatschulen sind nur zu zulassen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Art. 143 Abs. 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volkschule ihres Bekennnisses in der Gemeinde nicht besteht.“

Art. 145, Abs. 1 lautete in der ursprünglichen Fassung: „In allen Schulen ist persönliche und staatsbürgерliche Tüchtigkeit und spirituelle Bildung auf deutscher volkstümlicher Grundlage im Geiste der Völkerverhöhnung zu erstreben.“ Hier soll hinter dem Worte „Tüchtigkeit“ das Wort „Arbeitsfreudigkeit“ eingefügt werden.

In Artikel 146, Abs. 1, hieß es bisher: „Der Religionsunterricht ist ordentlicher Lehrgegenstand der Schule.“ Hier wird hinzugefügt: „Mit Ausnahme der bekennnisfreien (weltlichen) Schule.“

Absatz 2 lautete bisher: „Die Erteilung des Religionsunterrichts und die Vornahme kirchlicher Berrichtungen bleiben der Lehrer überlassen. Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf kein Schüler zum Besuch des Religionsunterrichtes oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden.“ Dieser Absatz lautet jetzt: „Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Berrichtungen bleiben der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsstunden und kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten überlassen.“

Absatz 3 hieß bis jetzt: „Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben erhalten.“ Diese Aussage wird eingeschränkt, und zwar in folgender Art: „Die bestehenden theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“

Für uns in Sachsen ist besonders der Absatz von Wichtigkeit, der die Zulassung von Privatschulen bestimmt, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten eine öffentliche Volkschule ihres Bekennnisses in der Gemeinde nicht besteht. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß selbst in solchen Gemeinden, in denen keine öffentliche konfessionelle Schule besteht, konfessionelle Privatschulen errichtet werden können. Die öffentlichen konfessionellen Schulen haben natürlich bestehen zu bleiben — auch in Sachsen. Damit werden sich auch die Herren West und Genossen abfinden müssen — falls es nicht ihren freimaurerischen oder ionistischen Freunden in der Nationalversammlung noch gelingen sollte, die Sache zu Fall zu bringen. Sonderbarweise nimmt auch der „Dresdner Anzeiger“ gegen das Kompromiß in der ihm eigenen Art Stellung. Allerdings nach der Rede des Abg. Käser in der Volkskammer ist es besser zu sagen: Nicht sonderbar welche, man hat zu tun.

Haltung der christlichen Schule durchgesetzt hat, scheint er darüber sehr betrübt zu sein. Es hat ja auch einige Verwunderung erzeugt, daß der Abg. Dr. Heinrich aus „juristischen“ Gründen eifrigst bestrebt war, das Zustandekommen dieses Verfassungsaufbaues zu vereiteln. Vor Tische laufen uns anders! Zumeistens, der „Dresdner Anzeiger“ ist ein gelehriger Schüler und wandelt nun ohne Erbittert auf den Spuren Dr. Kaisers und Genossen. Er erklärt, die Zentrumspolitik sei die voransetzunglosese Wissenschaft der Gegenwart und ihre Führer seien Meister des diplomatischen Stiles und Spieles. Das soll natürlich Spott sein. Der „Anzeiger“ kann sich seine Satire ruhig sparen; sie wirkt nicht mehr. Hier sprechen die nackten Tatsachen: Das Zentrum hat etwas erreicht, und die rechtsstehenden Parteien haben nicht mehr erreicht, sondern haben durch ihre blinde Opposition das Zustandekommen des Verfassungswesens noch sehr erweitert.

Als bei den Wahlen vom 19. Januar in Sachsen die rechtsstehenden Parteien den Anschluß an das Zentrum suchten und sogar nichts schmäler wünschten, als daß ihnen das Zentrum ohne eigene Mandatausstellung seine gesammelten Stimmen zuschicken möge, haben wir uns mit einer Listenverbindung einverstanden erklart in der Voransetzung, daß die Gewählten in faktuellen Fragen, vor allem aber in der Schulfrage nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch sich einsetzen würden. Tatsächlich haben die rechtsstehenden Parteien nur durch diese Listenverbindung verhindert, einen Kandidaten mehr einzubringen, als ihnen aus eigener Kraft möglich gewesen wäre. Die Erwartungen, die man nach der damaligen Stellungnahme auf die Herren setzen konnte, haben sie bis jetzt nicht erfüllt. Die Aggressivität aus der gegnerischen Breite verlangen, daß hier einmal Gestalt gesprochen wird. Um so mehr verdienen unsrer Freunde vom Zentrum Anerkennung, daß sie mit solcher Energie gerade die schwierigen tschechischen Verhältnisse im Auge behalten haben und das Banner der kulturellen Freiheit hochhalten.

Die Volksabstimmung in Böhmen

Aus Prag wird uns geschrieben:

Das imperialistisch-nationalistische Regime, daß Massaryk und Kramarz in der neuen tschechoslowakischen Republik antritteten, hat keine erste große Niederlage erlitten. Die Gemeindewahlen, die im gesamten, durch die Verhandlungen des Vertragssentwurfs von St. Germain vorläufig territorial festgelegten Staatsgebiet stattgefunden haben, brachten im tschechischen Sprachbereich den überwältigenden Sieg der Sozialisten, einen Sieg der die ganze politische Konstellation der Prager Regierung umstößt und hier zu den weitestgehenden Konsequenzen führt. Ein geschlossener deutscher Sprachbereich aber, in Deutschböhmen, im deutschen Sudetenland und im deutschen Südmähren, ergaben die Wahlen den klaren und unzweifelhaften Sieg für das unbedingte, reine Deutschböhmen in diesem Gebiet und für die Unrichtigkeit der tschechischen Propaganda, die auch hier immer von einer gewissherrschaftlichen Bevölkerung zu erzählen wußte, und darauf in Paris ihre gesuchte Argumentation aufbaute. Die Tschechen selbst haben diese Volksabstimmung durchgeführt, unter ihrer Kontrolle hat sie stattgefunden und sie werden heute ihr Ergebnis anzuerkennen müssen.

Was in den Monaten seit dem Zusammenbruch geschehen konnte, um die geringen tschechischen Minderheiten in den rein deutschen Gebieten zu stärken, ist von der Prager Regierung und von dem großen Tschechienverein geschehen. Tschechische Beamte, Lehrer usw. wurden nach Deutschböhmen versetzt, Tausende von deutschen Arbeitern ausgewiesen und durch tschechische Arbeiter ersetzt, die tschechischen Bevölkerungsströmen in den deutschen Städten erhielten das Recht, an den Wahlen teilzunehmen, und wo es nur irgendwie möglich war, wurde mit rücksichtsloser Brutalität und Gewalt länger als ein halbes Jahr für dieses Plebisitiz agitiert, — und das Ergebnis in Deutschböhmen ist deutsches Land, in dem die Tschechen als verschwindend, national gar nicht im Betracht kommende Minderheit wohnen. Selbst in den Industriebezirken, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre ein Einstellen tschechischer Arbeiter in die Fabriken zum Teil notwendig machten, sind die erreichten tschechischen Wahlziffern lächerlich gering. In der Industriestadt Neisseberg zum Beispiel, wo die Tschechen immer über eine starke Minderheit zu verfügen behaupteten, wurden 37 deutsche und 5 tschechische Vertreter in den Gemeinderat entsendet. Im ganzen Bezirk Friedland wurden insgesamt nur drei Tschechen gewählt, in den Gemeinden des Bezirkes Deutsch-Gabel kein einziger.

in Teplitz-Schönau, das in dem großen Kohlenindustriegebiet liegt, 33 Deutsche, 3 Juden und 3 Tschechen, in der Stadt Aussig 33 Deutsche und 7 Tschechen, dagegen im Saargebiet fast kein Tscheche, in dem wegen seines deutschen Kriegsgerichtes viel ausgetretenen Tschechen 21 Deutsche und 2 Tschechen sind. In Böhmen ist das Wahlergebnis besonders beeindruckend. Die Tschechen haben Brüder unter als sozusagen halbtägliche Stadt proklamiert, und als sie bei der Besetzung Deutschböhmens die Gemeindevertretung der Stadt entstehen, ernannten sie in den neuen Verwaltungskörper mehr als die Hälfte tschechische Vertreter. Bei den Wahlen wurden nun 26 Deutsche und nur 6 tschechische Vertreter in den Gemeinderat berufen. Karlbad, das die Tschechen als ihren Wallfahrtsort in Anspruch nehmen, hat mit allen Nachbarorten zusammen nur einen einzigen tschechischen Gemeinderat erhalten.

Aber nicht nur im geschlossenen tschechischen Bereich sondern auch an der Sprachgrenze, wo die Deutschen in den letzten Jahren dort bedrängt wurden, haben die Deutschen eine volle Niederlage erlitten. In Plauen verlor etwa einzig ein tschechischer Ort, den die Tschechen seit langem allein reklamiert haben, sind zweidrittel der Wähler auf die Deutschen und nur ein Drittel auf die Tschechen entfallen. Dabei können sich die Tschechen freuen, daß sie in Böhmen, daß die deutschen Städte in Böhmen, etwa wie Marburg, Eilli und Pesten im Südböhmerland in einer sonst überwiegend tschechischen Umgebung leben, denn gerade in Böhmen und Mähren hat sich an geschlossenen deutschen Sprachgebieten das Prozent der reiner deutsch erhalten als die Städte, wo dort ein Drittel von industriellem Arbeitervolk überwältigt ein gewisser tschechischer Einfluss verdeckt wird. Niemand so wie in Deutschböhmen und in Teplitz-Schönau und Mähren hält der deutsche Bauer seine Nation bei sich auch darauf bedacht, auf sein Gemeindewahlrecht zu erhalten. So haben auch die Wahlen gezeigt, daß die Dorfgemeinden völlig deutsch sind. Die amtliche Übersetzung der Wahlen berechnet, daß genau ein Drittel aller abgegebenen Stimmen den Deutschen und zweidrittel den Tschechen zugeschlagen sind. Dabei wäre aber zu beachten, daß die Prager Regierung in einer Anzahl deutscher Städte, die ihr aus diesem oder jenem Grunde nicht die Wahrung von Gemeindewahlen noch nicht genügend bearbeitet haben, die Wahl im letzten Moment abgesetzt hat, so daß hätte sich das Stimmenverhältnis wesentlich zugunsten der Deutschen verschoben.

Aber auch diese Ziffern sprechen wohl eine genügend deutliche Sprache. Ein Drittel des tschechoslowakischen Staates ist deutsch, und dieses Drittel ist nicht etwa in hundert kleine Dörfer zerstreut, sondern kommt fast in Jahrhunderten in einem geschlossenen völlig einheitlichen Siedlungsgebiet. Eine ländere Anlage gegen den tschechischen Imperialismus, als das Ergebnis dieser von den Tschechen selbst verankerten und so weit als möglich heraufgezogenen Volksabstimmung ist wohl nicht mehr denkbar. Wenn die Friedenskonferenz sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, gesellschaftlich für alles, was dem Rechte zum Zuge dienen kann, tolle Chancen zu haben, dann muß es eine Volksabstimmung zur Kenntnis nehmen und muß auch ihre Entscheidung danach treffen. Deutschböhmen und das deutsche Sudetenland sind rein deutsche, geschlossene Siedlungsgebiete, die deutsch bleiben wollen.

Die Zukunft unserer Wirtschaft

Von wirtschaftswissenschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Die Entente hat bedeutlich die Auflösung der Blockade und die Verförderung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln von der schnellen Motorisierung des Friedensvertrages abhängig gemacht. In den besetzten rheinischen Gebieten sind ungeheure Mengen Waren aller Art angehäuft, um sie alsbald nach Öffnung der Grenzen über den Rhein in das Innere Deutschlands zu schaffen. Die Absicht der Entente ist, den deutschen Markt mit diesen Gegenständen zu überfluten und dadurch die eigene Fabrikation in unserem Lande unmöglich zu machen. Räumlich Amerika hat einen reichen Überfluss an billigen Produkten, die noch, bevor England und Frankreich in der Lage sein werden, mit Deutschland in Handelsbeziehungen zu treten, in das unbesetzte Gebiet geschafft werden sollen. Wir haben gewiß ein großes Interesse daran, möglichst bald in den Verkauf der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsoptik zu gelangen, aber leinewegs können und dürfen wir angeben, daß durch Lieferung von Fertigfabrikaten unsere eigene Industrie zur Arbeitslosigkeit verurteilt wird. Die Reaktionen bestätigt sich daher ausschließlich mit den W-

keit unter Volkswirtschaft zu erhalten. Wir alle unterdrücken nicht die Bedürfnisse unseres Volkes, wir gewinnen Produkte. In eignen Gegenmäden beruht geradezu ein erschreckender Mongel. Man denkt nur an die Erzeugnisse des Zederindustrie. Zuhause sind ja noch am dem deutschen Markt zu haben. Wir müssen uns daher selbst helfen, daß in der nächsten Zeit solche Menschen dieser Art eingetragen werden. Daß es natürlich vor allen Dingen Sorge getragen werden, daß jeder in jedem Umfang herbeigezogen wird, daß die Zahnarbeiter im eigenen Lande wieder arbeiten können. Es ist daher die Absicht der sieben Regierung, die Einfuhr nur für solche fertigen Gegenstände freizugeben, als es die Tatsache des notwendigsten Bedarfs erfordert. Darüber hinaus soll mit der Einfuhr von Rohstoffen genutzt werden. Wir können diese Absicht der Regierung nur bestätigen, die sehr nahe Industrie niemals wieder in die Lage versetzt werden könnte, den notwendigsten Bedarf des Volkes selber zu erhalten. Der völlig neue Handel mit Begegnungen aller Art wird also nach Aufhebung der Blockade noch leichtere Anwälte haben. Eine andere Regelung ist natürlich für die Einfuhr von Lebens- und Verbrauchsmitteln vorgesehen. Es liegt im Interesse unseres Volkes, daß gerade hierin der Staat möglichste Freiheit im Handel zulassen will. Auch zur Bevredigung der Bedürfnisse der minderbemittelten Bevölkerung soll alles getan werden, um die rasche Herbeiführung der Bedarfsgegenstände zu ermöglichen. Dagegen bleiben Gegenstände aller Art vorläufig noch von jeder Einfuhr ausgeschlossen.

Das von dem Reichswirtschaftsminister Wissel ausgearbeitete Problem einer Raumswirtschaft dürfte nun endgültig

einkommensteuerentwurf wird dem Parlament erst im Oktober zugehen. Doch ist beobachtigt, die Reichsabgabebordnung möglichst bald der Nationalversammlung zu überreichen.

Karlsruhe, 11. Juli. Am 12. d. Mts. hat in Heidelberg eine Vorredung der Regierungen von Württemberg, Hessen und Baden über die neuen Pläne des Reichsministeriums betr. Zeitung, Erziehung und Verwaltung der Staats- und Gemeindeabgaben stattgefunden. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums, die in ihrer Wirkung die Steuerhoheit der Einzelstaaten vollständig aufheben und das sogenannte Tötationrecht an ihre Stelle setzen, wurden einstellig abgelehnt. Man war darin einig, dem Reich weit entgangen zu lassen, jedoch nur in den Kreisen eines selbständigen Einnahmetatbestandes und einer finanziellen Selbstverwaltung der Einzelstaaten. Eine darübergehende Entscheidung mit Einvernehmen darüber, wie die zugehörigen Staaten sich den Ausbau des Steuernsystems und die Steuerverwaltung im einzelnen denken, wurde einstimmig angenommen.

Die Nationalversammlung

Beim, 14. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Vizepräsident Schulz (Soz.) hat sein Amt als Vizepräsident niedergelegt, weil er Unterstaatssekretär geworden ist. Die Wahlprüfungen werden fortgesetzt. Die Wahl im dritten Wahlkreis Berlin-Stadt, wo zu Protesten gegen die Wahlzettel der Partei Scheidemann

früheren Krieger sind wünschenswert. Abg. Behrens (Deutschland): Die Entschädigungsfrage muß ein Bekennnis der Nationalversammlung für ausreichende angemessene Versorgung der Kriegsbeschädigten werden.

Die Geschäftsstätte in Weimar

Weimar, 11. Juli. Der Rechteinsatz der Nationalversammlung hat heute neuerdings über die Geschäftsstätte und über die Geschäftseintheilung beraten. Nach der gestrafften Vereinbarung soll morgen vorzeitig die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes bei den Grundrechten fortgeführt werden. Es ist beobachtet, die zweite Sitzung zu beenden, bevor der Ministerpräsident das Programm der neuen Regierung entwickelt. Man hofft, für diesen Plan die Zustimmung der Regierung zu erhalten. Die endgültige Entscheidung darüber wird erst morgen mittag fallen bei einer Zusammenkunft der Parteiführer mit den Regierungssverttern. Sollte die Regierung darauf bestehen bleiben, ihr Programm unbedingt am Donnerstag zu entwenden, so wird verucht werden, durch Vor- und Nachmittagssitzung die Verfassungsvorlage in zweiter Lesung bis dahin zu verabschieden.

Tagesmeldungen

Die Entente gegen Ungarn

Haag, 14. Juli. Holländisch Nieuwsbureau meldet aus Paris: Der Rat der Fünf hat die Frage eines militärischen Angriffes gegen Bela Kun unter einem einheitlich alliierten Befehl erörtert. General Bliz und die amerikanische Delegation hält diesem Plan abhold. Sie erklärten,

das Wirtschaftliche Problem auf den Widerstand der Reichsregierung gestoßen. Wenn trotzdem der freie Handel nicht völlig gewährleistet wird, so gefährdet das aus zwei Gründen: die deutsche Industrie soll möglichst bald wieder arbeiten können, andererseits soll verhindert werden, daß ausländische Gegenstände in solchem Umfang auf den Markt gebracht werden, daß sie unseren eigenen Produkten den Rang ablauen. Ministerpräsident Bauer wird in seiner Programmrede am Mittwoch in der Nationalversammlung den Standpunkt der Regierung zu dieser Frage besonders klarlegen.

Die Steuerfragen

Beim, 14. Juli. Zu der gestrigen Besprechung des Reichsfinanzministers mit den einzelstaatlichen Finanzministern erfahren wir, daß nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers die direkten Steuern bis auf das äußerst zulässige Maß durch das Reich ausgedehnt werden müssen. Dieser Entschließung haben sich die Finanzminister der Einzelstaaten trotz anfänglicher Bedenken nicht verschlossen. Entschlüsse zur Reichseinkommensteuer durch die Staaten und Gemeinden sollen nicht erhoben werden. Es soll also nur eine einzige Einkommensteuer zur Erhebung gelangen, bei der das Reich einen entsprechenden Teil an die Staaten und Gemeinden abgeben wird. Das Interesse des Reiches an dem steuerlichen Einkommen wird mit 75 Prozent zu bemessen sein, ist also so groß, daß das Reich auch unbedingt einen Einfluß auf die Erhebung haben muss. Die Finanzämter müssen daher unbedingt auf das Reich übergehen. Die bisherigen Haushaltssätze der Staaten für verschiedene Güter durch verschiedene Finanzämter sind unterschiedlich. Es wurde aber zum Schluß der Besprechung kein Widerspruch von Seiten der Bündestagungen dagegen laut. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Ausbildung der Steuerbeamten zu legen sein. Vorbereitende Schritte dazu sind bereits getan. Der Reichs-

minister schreibt nun direkt an die Staaten, um andererseits die Herren vom Lande den Wunsch anzusprechen, zur Erteile nach Hause zu fahren. Ich stelle daher dringend anheim, nur die wirklich notwendigen Reden zu halten und sich im übrigen mehr an die Abstimmungen zu halten. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Gesetz über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelassenen Dienstzeit wird nach kurzer Besprechung dem Haushaltsausschuß überwiesen. Es folgt die Interpellation Auer und Gen. (Soz.): Was gedenkt die Regierung zu tun, um der schreienden Not der Zivil- und Militärentenempfänger schnellstmöglich abzuhelfen? Abg. Mayer-Sachsen (Soz.) begründet die Interpellation. Arbeitsminister Schäfer: Für den Augenblick sind weder die Verdichtungsträger noch das Reich in der Lage, größere Mittel bereitzustellen. Ich habe daher die fürsorgebedürftigen Rentenempfänger auf die Kriegswohlfahrtspflege verweisen müssen. Außerdem habe ich die Gemeinden, die zum Teil auf diesem Gebiet versagt haben, hinzuweisen lassen, ihre Pflicht zu tun. Zu übrigen beabsichtige ich, womöglich noch vor der Vertagung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf einzubringen, der Bedürfnissen einer erhöhten Fürsorge für die Rentenempfänger Rechnung trägt. Major v. Werder legt namens der Heeresverwaltung eingehend dar, wie schon durch eine Reihe von Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung für die versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterklassen gesorgt worden sei. Die gründliche Reform des Militärversorgungswesens sei in Arbeit und werde mit aller Beleidigung durchgeführt. Bei Besprechung der Interpellation benennt Aha. Schelling (Zentr.): Die Führer für die striegbedienten und hinterbliebenen darf nicht zum Mittel der Parteiausübung werden, nie zum Panzer unter den Parteien werden. Abg. Erkelenz (Dem.): Eine Entschädigung der Kriegsgefangenen, ebenso wie die Erhöhung der Entschädigung für die Veteranen der

alliierten Armee und deren Alliierten gegen Ungarn.

Wien, 14. Juli. Aus Budapest wird gemeldet: Das Regierungsorgan "L'Indépendance Roumaine" teilt mit: General Franchet-d'Esperey rückte an den Oberkommandierenden der tschechoslowakischen Truppen, General Polák, ein Telegramm, in dem dieser angezeigt wird, seine weiteren Verhandlungen mit der ungarischen Räterepublik zu führen und seine Räte zu beantworten. Wie fernher verlautet, hat General Franchet von der Friedenskonferenz die weitestgehenden Vollmachten zum Vorgehen gegen Sowjet-Ungarn erhalten. Er wird an die österreichische Räteregierung eine lebhafte Meldung richten mit der Aufforderung, sofort abzudanken und einer vom Volke frei gewählten Regierung Platz zu machen. Diese Note wird kurz befristet sein. Sollte ihr nicht entsprochen werden, so wird die militärische Aktion sofort aufgenommen werden.

Nach einer amtlichen Verlautbarung des französischen Armeoberkommandos für Ungarn befinden sich gegenwärtig an der ungarischen Front 70 000 Rumänen, 36 000 französische Kolonialtruppen, 30 000 Tschechoslowaken, 12 000 Jugoslawen und 20 000 Ungarn (Truppen der Szegediner Regierung Karolisch). Es werden noch weitere Einheiten eintreffen, vermutlich Italiener, nach Ungarn abgezogen werden.

Paris, 14. Juli. Reuter. Die alliierten und assoziierten Regierungen ließen Bela Kun mitteilen, daß sie die Entschädigung aller Obligationen und anderer Wertpapiere, die sich im Besitz ihrer Staatsangehörigen befinden, als schweren Diebstahl ansehen und alle Konfiskationsmaßnahmen der kommunistischen Regierung als null und nichtig betrachten würden.

Aus der Türkei

Konstantinopel, 13. Juli. (Havas.) Das Kriegsgericht verurteilte Talaat Pascha, Enver Pascha und Djemal Pascha in contumaciam zum Tode, und

Uli der Wächter

Von Jeremias Gotthelf

(5. Fortsetzung.)

„Was war guten Mutes geworden. Er zog die Stellertüre zu mit lachendem Gesicht und lustig pfeifend ging er den Ställen zu. Er dachte, ein solch Weibchen sei doch komisch und rot, fleischig und lustig, immer mehr gesucht als man gedacht, und immer gute Worte und ein hell Gesicht, das man auch ein solches malen müsse, man möge wollen oder nicht.“

„Was hat er gesagt?“ fragt droben die Bäse. „Augen hat er gemacht wie Pfingstzünder und weiß noch jetzt nicht, ist's mit rechten Dingen zugegangen oder nicht. Aber Gottlob zufrieden ist er und das ist die Hauptache,“ antwortete Breneli.

Es steht einem Bauernhause nichts schlechter an, als wenn abends, wenn Feierabend gemacht ist, oder Sonntag mittags, oder an einer Sichelten die Leute stundenlang herumlungern müssen, ehe sie zum Essen gerufen werden. Es gibt Häuser, in welchen dieses Verzögern regelmäßig ist. Die Weiber in diesen Häusern müssen eine wahre Haushaltsglück sein; es nimmt einem recht Wunder, was die für eine Einrichtung in ihrem Kopf haben und was sie auch denken? Was während dieser Zeit in den Wagen und Köpfen der hungrig Garrenden vorgeht, und zwar nicht langsam, davon zu denken haben sie nicht Zeit, begreiflich. Eigentlich wäre es interessant zu untersuchen, ob solche Weiber wirklich denken? Wir glauben, sie bringen es höchstens nur zu einem Quasi-Denken und auch dieses nur ein- oder zweimal des Jahres, etwa wenn sie den Schneider ins Haus kriegen oder den Schweinen Ringe durch die Nase zu stoßen sind.

In der Glünggen ging es aber nicht so; in Kopf und Beinen hatte Breneli andere Einrichtungen. Raum bestimmen, entzoll der willkommene Ruf der Ellen. Dieser

Ruf kommt nicht vom Himmel her, noch ruft er in den Himmel; aber am Wohlauft desselben mag der arme Sterbliche abnehmen, wie herrlich und süß einmal der Ruf dorthin klingen wird. Diesmal zögerten die Leute nicht so unerträglich, wie es sonst der Fall ist; es war etwas, welches sie schneller in Bewegung setzte. Sie hatten alle ein gutes Vorurteil für Breneli; es war allen lieb; ein solcher Verstand bei einer so Jungen sei selten, hieß es. Uli schien ihnen dagegen wohl streng und allzuviel die Meister zu machen. Sie meinten: Einer, der selbst Frecht geweinet sei, sollte Verstand haben und begreifen, daß man sich nicht gerne zu Tode arbeite, d. h. nichts danach frage, in einem Tage zu schaffen, woran man füglich zwei Tage trödeln könnte. Es nahm sie nun aber doch sehr Wunder und darüber war die ganze Erde durch gesprochen worden, wie Breneli aufwarten und aufstellen werde; ob gehörig, daß man dabei sein könne oder ob Speise und Trank apotheiformig ihnen zugeteilt werden würden?

Als j. rasch gerufen wurde, dachten sie: von zweien ist eins; entweder geht es verdammt mager zu oder verdammt brav hat Breneli sich gestellt; denn fast die ganze List lag ihm alleine ob. Die Neugierde, welches von den Zweien der Fall sei, machte ihnen so rote Weine. Sie kamen fast in die Stube wie Kinder ins Zimmer, wo zu Weihnachten ihnen beschert wird, bemerkten aber nichts Besonderes; es schien alles akurat wie ehemals, so daß es ihnen ganz traurlich und heimlich ward ums Herz und einer zum anderen sagte: „Er hätte geglaubt, das ändere; das Schlechte könne man behalten. Es sei aber nichts als billig, daß es einmal umgekehrt gehe. Das Beste und Schönste, was zu sehen war, war Breneli, welches mit Freundlichkeit und Sicherheit alles ordnete, für jeden ein gutes Wort hatte, jeden mit dem Hauch der Heiterkeit berührte, welches ein wunderbar Ding ist, aber die allerbeste Würze, ohne welche das reichste Mahl nichts ist, als eine schädliche, gefährliche Abfuhr.“ Uli war es aber gewollt, es nur das erste mal, daß er so gleichsam präsidierte und als Osteiger eine Ge-

schäftshaus bewirtete und mit selbstgekochten Speisen; wer es gewohnt ist, tut es mit einem eigenen Behagen und einem gewissen Selbstgefühl, welches wir nicht Stolz nennen möchten. Uli tat noch linkisch; das Behagen kam erst später; aber er zeigte Geschick dazu; die Leute waren mit ihm zufrieden. Sie freuten sich auch der alten Frau, welche mit einer großen Schlüssel Fleisch erschien und dann zu ihnen sich setzte. Besonders erquickte ihr Andeck die alten Tagelöhner, welche seit Jahren auf dem Hof gearbeitet und in gesunden und kranken Tagen ihre milde Hand erfahren hatten. Da war keiner, der ihr sein Glas nicht brachte, wollte, daß sie ihm Bescheid tue. Wenn sie jedem seinen Willen hätte tun wollen, so wäre sie nicht bloß zwei Benter schwarz geblieben, sondern so schwer geworden, daß wenigstens zweimal 24 Stunden lang ihre Beine sie nicht mehr hälften tragen können. Da kam in die Herlichkeit hinein die Botschaft, die Bäse solle heimkommen, Joggeli lasse es saggen. Diese Botschaft machte ungefähr den Eindruck, wie wenn in einer prächtig dampfende Fleischküche, nach welcher alle Köpfe sich ausstrecken, plötzlich eine Kröte plumpsen würde. Nach Joggeli war schon mehrere Male gesandt worden; aber Joggeli liebte es, Pfeffer in die Milch zu rühren; hinterdrein hätte er ihn wohl wieder herausgesucht, aber dies ist nicht allemal mehr möglich. Als die Bäse auftauchte, kam Breneli und sagte: „Nix, nix, Bäse, was kennt Ihr doch! Ich will hinüber zum Bäcker und ihm die Rücken ausklopfen. Was gäts, in wenig Minuten bin ich mit ihm da.“

„Bist immer die gleiche Hexe,“ sagte die Bäse und lachte herzlich, und ein alter Tagelöher sagte: „Frau, nichts für ungut, aber dem Alten wäre zu gönnen gewesen. Ihr totaret vor ein paar Jahren gestorben, und er hätte die Breneli geheiratet. Wohl, die hätte ihn lange lassen; bis er gekommen hätte noch Gott schreien, und es ihm verleidet wäre, andere Leute zu plügen und ihnen die Freude zu verderben.“ Es war wirklich sonderbar, wie Joggeli Breneli so wenig leiden mochte, und doch durch niemand so regiert werden konnte, wie durch Breneli.

Mussi Aiasim Essendi ehemaligen Scheit al Islam, und den früheren Finanzminister David Bei zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Nach der Auhebung der Blockade

Rotterdam, 14. Juli. Am holländischen Hafen lagen bis Sonnabend früh 27 neutrale Dampfer zur Weiterfahrt in deutsche Häfen bereit, die die Auhebung der Blockade erwarteten. Die Londoner "Daily Mail" meldet, daß aus England für 900 Millionen Schilling Industriewaren zum Abtransport nach Deutschland bereit lagen.

Die holländische Ausfuhrgeellschaft teilt mit, daß sie die Ausfuhr genehmigt gibt für verschiedene Arten Güterfrüchte, wie alte Sorten Bohnen und Erbsen.

Der erste Holländer in Hamburg

Hamburg, 14. Juli. Der holländische Dampfer "Mara" ist am Montag mit einer Ladung Silkgut im Hamburger Hafen eingetroffen als erster Holländer, der nach Auhebung der Blockade ohne Kontrolle Hamburg an- gelassen hat.

Die Schweiz und der Börsenboom

Berlin, 15. Juli. Der Chef der schweizerischen Abordnung in Paris erklärte verschiedenen Blättern auf, daß die Schweiz, wenn die Zulassung Deutschlands zum Börsenboom nicht erfolge, auf ihre Mitgliedschaft verzichtet.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen

Bern, 14. Juli. Wie aus Berchtesgaden gemeldet wird, verläßt am 20. Juli der erste deutsche Kriegsge-

fangene aus dem Gefangenencamp in Stalag 2000 in der Hoffnung, in die Hauptstadt zu kehren. Es handelt sich um eine Bots-Note ausgelegte Sachlage, daß die Friedensklauseln eine derortige Vermengung zweier vollständig verschiedener Materien nicht zulasse, veranlaßt den "Matin" zu einer offensichtlich von der französischen Regierung inspirierten Erklärung: Das Blatt sagt: Gewiß müßten deutsche Kriegsgefangene in gewissen Zeitabschnitten zurückgeführt werden; da aber Deutschland sich formell verpflichtet habe, das Kampfgebiet wieder aufzubauen, wäre es natürlich, daß die Stellung, deutscher Zivilarbeiter der Abtransport der Kriegsgefangenen beeinflussen müsse. Nur in dem Maße, in dem diese Arbeiter in Frankreich eintreffen, werde man die Vertragsklauseln betreffend die Kriegsgefangenen ausführen können.

Mackensen

Wien, 14. Juli. Wie die Bilditer melden, werden die in Ungarn interniert gewesenen Deutschen dort mit Generalstabschef v. Mackensen in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und hier einige Tage aufzuhalten.

Autonomierechte an die preußischen Provinzen

Das Wolffsche Bureau meldet: Die preußische Verwaltung ist stets von dem Gedanken ausgegangen, daß Preußen bereit sei, im Reiche aufzugehen. Da indessen zurzeit der Übergang zum Unitarismus durch bundestaatliche Hemmungen außerhalb Preußens gehemmt ist, sucht die preußische Regierung den Zusammenschluß des preußischen Staates durch eine zweckmäßige Gestaltung des Verhältnisses der Zentralregierung zu den Provinzen sicherzustellen. Aus diesem Gesichtspunkte hat das Staatsministerium in der Sitzung vom 12. Juli beschlossen, einen Geheimschluß über die Einführung erweiterter selbständiger Rechte an die Provinzialverbände unverzüglich der Landesversammlung vorzulegen, um vor der endgültigen Auseinandersetzung noch eine Durchberatung zu erreichen. Der Gesetzentwurf wird etwa so lauten:

Gesetzentwurf über die Einführung erweiterter Selbständigkeitssrechte der Provinzialverbände.

§ 1. Die Provinziallandtage sind berechtigt, Provinzialstatuten über folgende Angelegenheiten zu beschließen: 1) über die Regelung solcher Fragen der Schulverfassung, welche für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen ein besonderes Interesse haben; 2) über Besonderheiten des provinzialen Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungsrechtes, soweit die Gelege Abweichungen gestatten oder auszulösen weisen; 3) über die Einführung einer zweiten Amtsprache neben der deutschen in gemischtsprachigen Gebieten; 4) über die Einrichtung von Beiräten, die den staatlichen Behörden innerhalb der Provinz beigegeben sind. Aufgabe des Provinzialstatutes ist es, die Zusammenziehung und die Art der Wahl dieser Beiräte entsprechend den Interessen der Provinzialbevölkerung zu regeln.

§ 2. Die Provinzialstatuten (§ 1) unterliegen der Bestätigung durch die Staatsregierung.

§ 3. Die Bestellung der Stellen des politischen Beamten innerhalb einer Provinz ist der Provinzialauschluß zu übertragen.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Aus der Ostmark

Berlin, 15. Juli. Dem Berl. Postamt wird aus Thorn berichtet, daß auf eine an sämtliche Reichs- und Staatsbeamte in der Ostmark ergangene Anfrage, ob sie das abzutretende Gebiet verlassen oder in polnische Dienste eintreten wollen oder bedenken wollten, weit über 75 Prozent der Beamten, von den höheren Beamten sogar fast 100 Prozent, um Versetzung in andere preußische Gebiete gebeten und die Nebennahme in polnische Dienste abgelehnt haben.

Belagerungszustand in Pommern

Berlin, 15. Juli. Der Berl. Postamt meldet, daß im Zusammenhang mit dem drohenden Landarbeiterstreik über große Teile Pommerns der Belagerungszustand verkündigt wird.

Erzberger

Weißenfels, 14. Juli. Die "Deutsche Tageszeitung" von heute bringt ein Pariser Telegramm der "Neuen Zürcher Zeitung", daß eine angebliche Entspannung der Entente gegenüber Deutschland mitteilte in Verbindung mit dem Reichsminister Erzberger. Demgegenüber wird von autoritärer Seite mitgeteilt, daß die Behauptung der "Deutschen Tageszeitung", die "Neue Zürcher Zeitung" siehe seit Jahren in feindschaftlichen Beziehungen zu Erzberger und seinen Freunden, ebenso unwahr ist, wie die unerhörte Unterstellung. Erzberger habe unter Täuschung der deutschen Bevölkerung und der eigenen Partei die Widerstände gegen die Unterzeichnung des Friedens umgangen und hintergangen.

Wiederung der Grenzen Oldenburgs

Oldenburg, 14. Juli. Das Staatsministerium hat den Staatsminister a. D. Scheer, Bevollmächtigten beim Staatenausschuß, dazu ermächtigt, mit anderen Staaten über Änderung der Grenzen Oldenburgs zu verhandeln. Wahrscheinlich werden die Fleckenauer Wirkensfeld und Süder abgetrennt werden. Besonders geplant ist man auf das Ergebnis der Verhandlungen mit Bremen über dessen Vereinigung mit Oldenburg.

Schmidt Wissels Nachfolger

Weißenfels, 14. Juli. Mit der Beurlaubung des Reichswirtschaftsministeriums ist der Reichsernährungsminister Robert Schmidt bestellt worden, der jedoch sein bisheriges Amt beibehält.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin

Berlin, 14. Juli. In den heute abend untergetauchten

Jung. Sein zur konfessionellen Schule zu seien. Nun Schule wurde die Zentrumsentwicklung in Sachsen geprägt, die seit der Revolution einen mächtigen Aufschwung erlebt hat. Ein jeder mag bei der Beurteilung der Wähler stimmen. Klein an Zahl, aber stark an Ideen, kämpfen wir für Wahrheit, Recht und Freiheit. Silbermünze verteidigte die ausgezeichneten Ausführungen des Redners. Eine große Anzahl von Bezeichnungen für die Parteiorganisation, 20 Bezeichnungen für die Sächsische Volkszeitung, eine Sammlung von 90 Mark für die Parteiorganisation und ein großer Beitrag für den Schweriner waren der äußere Erfolg.

Im Anschluß an den Vortrag entspannte sich eine Ruhelage, und der Redner gab über verschiedene Fragen Auskunft. Es folgte dann eine Fortsetzung der Hauptversammlung vom 19. Mai. Der Direktor Schramm wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden der Chemnitzer Ortsgruppe gewählt. Herr Höglund erging noch einmal das Wort und dankte besonders dem bisherigen Vorsitzenden, Herrn Lehrer Kreismitte, im Namen der Parteileitung unter Würdigung seiner Verdienste um die Sache. Seine Pflicht bleibt der Partei aber als erster Vorsitzender des Wahlkreisverbandes erhalten.

Meldungen aus Sachsen

Sächsischer Katholikentag

Vielleicht kommt die Nummer der "Sächsischen Volkszeitung" noch einigen Mitgliedern des Dresdner Ortsausschusses für den Sächsischen Katholikentag vor dessen heutiger Sessionsöffnung in die Hände. Deshalb möchte hiermit einer, der vom geplanten Katholikentag nicht nur eine große Messefeier erwartet, auch an dieser Stelle angeleitet darum hinweisen, daß die geplante Tagung vor allem auch dadurch befriedend für das katholische Leben in Sachsen gemacht werden muß, daß

jedermann der kath. Lautenmärsche Vereinigungen. Zur Gelegenheit kann ausgenutzt werden, die sich dadurch ergibt, daß an diesem Tage viele Katholiken aus ganz Sachsen in Dresden zusammenströmen werden. Die Bevölkerung des Katholikentages dürfen nicht nur mit einer großen Versammlung, wie sie jahrelang schon einmal in Dresden oder sonstwo stattgefunden haben, abweichen werden. Die große Versammlung darf sich Schreiber dieses als Krönung und Abschluß des Ganzen. Beim Pontifikalamt und in der großen Versammlung heißt es übrigens auch, die Fahnen vieler katholischer Vereine aus dem Lande einschließlich der unteren Leipziger Studentenkorporationen zu zeigen. Wenn alle vereinigten Kräfte im Lande mitarbeiten, wenn rechtzeitig die notwendigen Anregungen dem Dresdner Katholikentag unterbreitet werden, dann besteht gewiß gute Hoffnung, daß der erste Wurf gut gelingt.

Volkssammlerbilanz

Unter dieser Überschrift schreiben die "Leipziger Neuesten Nachrichten" u. a.: „Es versteht sich von selbst, daß die politische, wirtschaftliche und finanzielle Erneuerung eine kulturelle voraussetzt. Es soll gar nicht verkannt werden, daß Kultusminister und die beste Absicht hat, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Aber die Volkswirtschaftlichkeit hat ihm das zu einem wesentlichen Teile unmöglich gemacht. Wie wenig der kulturelle Aufstieg gefördert werden kann durch einen religiösenfeindlichen Kulturkampf, könnten die Urheber dieser Politik aus der Geschichte gelernt haben. Die religiöse Lage ist eine Energie der menschlichen Psyche so gut wie die intellektuelle, die ästhetische oder die moralische. Wer sie vernachlässigt, ist so wenig ein wissenschaftlicher Konservator wie ein totalitärer Überzeuger oder moralisch Unreinwürdig. Sämtliche organisierte Religionenfeindschaft führt darum ein Volk nicht zur Kulturbildung, sondern zur vindiktiven Verküpfung. Mit Beischüssen, wie sie beim Kirchenaustrittsrecht und beim Übergangsjubiläus geführt wurden, hat die sozialistische Kultur eindeutig gesiegt und an der Zukunft des Volkes zerstört. Und wenn die Religion solche beginnen möglichen Taten entgegenzustellen weiß, dann nimmt sie ihr wohlgemessenes Teil Schuld auf sich. Sie glaubte, die Kunst der Stunde müssen zu müssen zur Verstärkung parteipolitischer Sonderzüge in einem Augenblide, wo alle Grundlagen des öffentlichen Lebens zu stärken und zu stützen gewesen wären. Dem Landtag von 1899 hat die Geschichte als „Unverständlandtag“ bezeichnet. Die Volkskammer von 1919 wird die Nachwelt als das Parlament der Enttäuschungen erkennen.“

Gedächtnisspiel

Bautzen, 15. Juli. Im stimmungsvoll mit Blattkarten geschmückten Schulsaal veranstaltete Freitag den 11. Juli das kath. Seminar zu Bautzen eine Gedächtnisspiel für die gefallenen ehemaligen Schüler des Kultus. Nach dem einleitenden Orgelvortrag des Herrn Seminaroberlehrers Egeler — Melkiorium in Ton von J. S. Bach — hielt Herr Professor Dr. Neubauer die Gedächtnissrede. Unzählbar an die wehmühlig stimmenden Blätter erinnerte er die Anwesenden — außer den Lehrern und Schülern waren auch zahlreiche Eltern erschienen, darunter als Vertreter des Kollegs Herr Dekan Senator Wala — im Geiste an die Gründer unseres gefallenen Schülers von 1813 und jetzt. Umstiegen doch diese Gründer, so führte der Vorlesende aus, eine leidenschaftliche Gedenkstunde, gelungen Potenzen, hingebendes Vieh, liebes Freunde und häßliche Feinde. Aber den Familien und Angehörigen waren sie noch mehr. Und was haben die Kämpfer erlebt müssen, ehe das tobringende Granatgeschoss sie traf? Ein langer Trost durch das vierzigjährige Werk vom Hohen Wall für das Vaterland soll uns nicht genügen. Wir wollen lieber schöpferisch den Schlag der Feindes bewältigen. Diese geben uns die Gewissheit, daß unsere Gründer nun als verklärt, dem Weltkrieger verblüffende Seelen im ewigen Frieden leben. Ihre zahlreichen Heldentaten werden uns auch die broden und harten Erfahrungen, mit denen sie dem Ende entgegengingen, sind. Denkbar kostet es, die Mutter des Vaterlandes nicht erlebt, die wenigstens vielleicht geblieben haben. Dank hauchen wir Ihnen, daß Sie unser Vaterland bewahrt haben vor den Verwüstungen, bis das Land unserer vermeintlichen Sieger aufwacht. Dieser Mantel wird Jahrtausende leben wie das Andenken ihrer, die mit Leonidas gefallen. Es soll aber noch sichtbare Ausdruck finden in den Ehrengräbern, die die Mände des Kultusstaates einst gießen sollen. Sie sollen jäh-

Kirche und Unterricht

k. Fuldaer Bischofskonferenz. Der Beginn der diesjährigen Fuldaer Bischofskonferenz ist auf den 19. August festgesetzt.

k. Schwerer Unfall des Fürstbischofs von Prag. Aus Wien wird gemeldet: Der Kraftwagen des Fürstbischofs von Prag, Karlsbad, Erzbistum ist imponierend der stürzte während einer Fahrt in einen Kornfeld.

Vorlesungen

Aus Genf wird gemeldet: Der Biologe Padcoli hat als erster in einem Wasserflugzeug die Alpen überflogen, indem er die Strecke Seite-Calende—Genf via Simplon in einer Stunde 50 Minuten zurücklegte.

Kirche und Unterricht

k. Fuldaer Bischofskonferenz. Der Beginn der diesjährigen Fuldaer Bischofskonferenz ist auf den 19. August festgesetzt.

k. Schwerer Unfall des Fürstbischofs von Prag. Aus Wien wird gemeldet: Der Kraftwagen des Fürstbischofs von Prag, Karlsbad, Erzbistum ist imponierend der stürzte während einer Fahrt in einen Kornfeld.

Vorlesungen

Schirgiswalde. Zentrumshänger — Männer und Frauen — erscheinen vollzählig zur großen Zentrumssammlung morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der "Weintraube".

Sachsen zum Tode verurteilt

Berlin, 15. Juli. Laut Berl. Polizei wurde der 19 Jahre alte Bergmann Joseph Kurr aus Brombauer bei Dortmund, der am 12. April die sechzehnjährige Tochter des Markenkontrollors Peukmann in Megede durch Schläge ermordet hatte, gestern vom außerordentlichen Kriegsgericht sechsmal zum Tode verurteilt.

Der Doppelmörder

Berl. 14. Juli. Der mit Rückhaus vorbestrafe Gelegenheitsarbeiter Kornet verlor am Freitag abend seine bei ihrer Schwester sich aufzuhaltende Frau zu erschießen. Am Sonnabend erschöpft er in Köln-Mülheim seine Schwester in Gegenwart seiner Geliebten, der etwa 35 Jahre alten Dienstmagd Anna Schneider. Später erschöpft er auch diese in einem Kornfeld. Der Täter ist flüchtig.

Der Simplon überwlogen

Aus Genf wird gemeldet: Der Biologe Padcoli hat als erster in einem Wasserflugzeug die Alpen überflogen, indem er die Strecke Seite-Calende—Genf via Simplon in einer Stunde 50 Minuten zurücklegte.

Vorlesungen

Schirgiswalde. Zentrumshänger — Männer und Frauen — erscheinen vollzählig zur großen Zentrumssammlung morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der "Weintraube".

Sachsen zum Tode verurteilt

Berlin, 15. Juli. Laut Berl. Polizei wurde der 19 Jahre alte Bergmann Joseph Kurr aus Brombauer bei Dortmund, der am 12. April die sechzehnjährige Tochter des Markenkontrollors Peukmann in Megede durch Schläge ermordet hatte, gestern vom außerordentlichen Kriegsgericht sechsmal zum Tode verurteilt.

Vorlesungen

Schirgiswalde. Zentrumshänger — Männer und Frauen — erscheinen vollzählig zur großen Zentrumssammlung morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der "Weintraube".

Sachsen zum Tode verurteilt

Berlin, 15. Juli. Laut Berl. Polizei wurde der 19 Jahre alte Bergmann Joseph Kurr aus Brombauer bei Dortmund, der am 12. April die sechzehnjährige Tochter des Markenkontrollors Peukmann in Megede durch Schläge ermordet hatte, gestern vom außerordentlichen Kriegsgericht sechsmal zum Tode verurteilt.

Vorlesungen

Schirgiswalde. Zentrumshänger — Männer und Frauen — erscheinen vollzählig zur großen Zentrumssammlung morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der "Weintraube".

Sachsen zum Tode verurteilt

Berlin, 15. Juli. Laut Berl. Polizei wurde der 19 Jahre alte Bergmann Joseph Kurr aus Brombauer bei Dortmund, der am 12. April die sechzehnjährige Tochter des Markenkontrollors Peukmann in Megede durch Schläge ermordet hatte, gestern vom außerordentlichen Kriegsgericht sechsmal zum Tode verurteilt.

Vorlesungen

Schirgiswalde. Zentrumshänger — Männer und Frauen — erscheinen vollzählig zur großen Zentrumssammlung morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der "Weintraube".

Sachsen zum Tode verurteilt

Berlin, 15. Juli. Laut Berl. Polizei wurde der 19 Jahre alte Bergmann Joseph Kurr aus Brombauer bei Dortmund, der am 12. April die sechzehnjährige Tochter des Markenkontrollors Peukmann in Megede durch Schläge ermordet hatte, gestern vom außerordentlichen Kriegsgericht sechsmal zum Tode verurteilt.

Vorlesungen

Schirgiswalde. Zentrumshänger — Männer und Frauen — erscheinen vollzählig zur großen Zentrumssammlung morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der "Weintraube".

Sachsen zum Tode verurteilt

Berlin, 15. Juli. Laut Berl. Polizei wurde der 19 Jahre alte Bergmann Joseph Kurr

teren Schülergeschlechtern aber nicht bloß zum stolzen Gedächtnis dienen, sondern sie händigt machen, daß des Lebens Preis im Opfer und Schöpfen liegt. „Kris ist der Schmerz, und ewig ist die Freude.“

Aus der von Herrn Professor Dr. Förster vorgetragenen und von den Klausurenden stehend ausgesprochenen Berichtsliste des Institut ging hervor, daß die Seminaristinnen 64 der Thriges durch den Weltkrieg verloren hat. Von Schülern und zwei Vermüts waren bei ihrer Abberufung noch Schüler der Musik; die übrigen, 37 Gefallene und 7 Vermüts, gehörten bereits dem Lehrerstande an. Einem Abschiedsgruß in poetischer Form sandte ein Schüler den Helden ins Denkmal und, worauf der Seminarior unter Leitung des Herrn Pfarrherrn Bischel höchstlich tief ergriffen den Männerchor „Befiehl du keine Wege“ an.

Unmittelbar darauf schloß sich die Feier der Entlassung von 19 Kriegsprimanern der Klasse 1A, die aus dem Heile zum Teil verwundet zurückgekehrt waren, um am Seminar die Ausbildung für ihren Beruf abzuschließen, und vom 30. Juni bis 10. Juli ihre Reifeprüfung abgelegt hatten. Herr Seminarior Löbmann wünschte ihnen herzliche Worte des Abschieds, indem er darauf hinsah, wie in denjenigen schweren Zeiten treue Pflichterfüllung und Hingabe an den Beruf für unser Vaterland von Bedeutung ist. In herzlicher Rede und Gegenrede tauschten die verbleibenden und heimkehrenden Schüler Worte des Abschiedes aus und zum Schluss erhöhten die fröhlichen Söhne des Komitats von J. Mewesohn-Bartholby: „Nun zu jeder Zeit.“

Planen, 14. Juli. In Brambach ist der bisherige vergeblich gesuchte Dörfchner Kommunist Seidel verhaftet worden. Er hatte seit einiger Zeit mit seiner Frau in einer Kirchbude Unterschlupf gefunden. Als er sich entdeckt sah, flüchtete er sich auf einen Kirchbaum und konnte erst nach heftiger Gegenwehr von einem Gendarmeriewachtmeister und mehreren Personen überwältigt und festgenommen werden.

Aus Dresden

— Die römisch-katholische Kirchensteuersteuer auf das Jahr 1919 ist in Höhe von 20 Pf. von jeder Mark des Normalsteuersteuerbezirks und die römisch-katholische Kirchengrundsteuer auf das Jahr 1919 in Höhe von 2 Pf. auf die staatliche Grundsteuererhebung in zwei Terminen zu erheben und zur einen Hälfte am 15. Juli und zur anderen Hälfte am 15. Oktober 1919 im Stadtkreisamt unter Vorlegung des dem Zahlungspflichtigen zugehörenden Steuerzettels zu bezahlen. Das Vertriebsverfahren wegen des 1. Termins beginnt am 6. Aug. 1919.

— Beendigung des Streiks im Gastgewerbe. In den jedostürzigen Verhandlungen des Zollabstimmungsausschusses, die am Montag unter Leitung von Barrat & Körner stattgefunden haben, ist ein Vergleich auf folgender Grundlage zugetreffensommen: Unter Fortsetzung der in dem bisherigen Übergangstarif festgesetzten Löhne wird ein Bedienungsgehalt für Wein und Spirituosen von 5 Prozent erhoben, in Kaffeehäusern 10 Prozent, für alles Uebliche, also insbesondere Bier und Speisen, 8 Prozent. In den Fremdenhäusern werden erhoben 20 Prozent Aufschlag bei Tagesrechnungen, 15 Prozent bei

Wochenrechnungen und 10 Prozent bei Pensionsrechnungen. Die Verteilung erstreckt sich nur auf Oberkellner, Zimmermädchen und Haushälter. Die Röthe werden nach dem Reichslohnstarif bezahlt. Für das nach dem bisherigen Tarif nicht Trinkgeld entzufangende Personal wird eine Tenerungszuflage von 10 Prozent auf die jetzigen Löhne gewährt. Ausgeschlossen sind Bierausgaben. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten sich bereit, in der am Abend stattfindenden Versammlung die Vergleichsvorschläge zur Annahme zu empfehlen und verpflichteten sich, daß die Arbeit am nächsten Tage wieder aufgenommen werde. Es wurde von den Arbeitgebern zugestanden, daß Mahlzeiten nicht statifizieren sollen. In der Versammlung, die im dichtgefüllten Volkshausaale abgehalten wurde, berichteten die Teilnehmer an den Verhandlungen des Schlusstagsausschusses über den Verlauf. Gegen zehn Stimmen wurde folgernde Entschließung angenommen, womit der Streik beendet ist: „Die am 14. Juli im Volkshausaale tagende Versammlung aller Gastrwirtsangestellten erblieb in der Arbeitsgemeinschaft der gewerkschaftlichen Organisationen die berufenen Vertreter ihrer Interessen, denen sie, wie bisher, ihr volles Vertrauen entgegenbringen. Im Interesse des Verkehrs, des Ansehens der Stadt Dresden und unseres gesamten Berufsstandes sind sie bereit, auf den vorgelegten Kompromiß einzugehen und die Arbeit, in der Voraussetzung, daß sofort weitere Verhandlungen eingeleitet werden, am Dienstag den 15. Juli aufzunehmen.“

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Katholischer Presverein für Sachsen. Der Herr Kassierer des Presvereins lädt hierdurch die Ortsgruppen und die Einzelmitglieder höflich an die Beitragszahlung für 1919 erinnern. Postcheckkonto Leipzig 11007: Kath. Presverein f. d. St. Sachsen nicht auf den Namen des Kassierers oder direkt an den Herrn Kassierer, Kaplan Freiherr v. Oer.

— Dresden. Mainz. Bürgerverein. Der ausgebrochene Melkerstreit macht den für Mittwoch den 16. Juli verhängten Wandertag nach Siegers Wirtschaft im Großen Garten unmöglich. Es findet daher an diesem Abende wiederum im Kath. Gesellenhaus, Küpperstraße 4, um 8 Uhr ein gemütlicher Abend statt, zu dem recht zahlreicher Besuch erbeten wird. Siegelstiftende Damen sind willkommen.

— Dresden-Johannstadt. Die Sitzungen der Diözessenzonenkonferenz werden während des Sommers jeden ersten Mittwoch im Monat abgehalten. Die nächste Sitzung findet also am Mittwoch den 6. August statt.

— Delitzsch i. B. Am Sonntag, den 13. Juli, fand wegen des verregneten Ausschlages eine Versammlung mit Vortrag des Herrn Pläcker Schering über Volksverschönerung Nr. 3 statt. Es wurden wieder neue Abonnenten der Sächsischen Volkszeitung gewonnen. Bezüglich des

Ende September in Dresden stattfindenden Katholikentages wurde beschlossen, einen Vertreter zu entsenden. Näheres soll in der nächsten Versammlung, Sonntag, den 10. August bekannt gegeben werden.

Eingesandt

(Die folgenden Nachrichten nur die postgebrachte Herausgabe.)

Was wir jetzt die leise Stimme (28) des Thüringer Volkswohl, der Commissionszeitung der Katholikenpartei für Erfurt und Umgegend, die Hälften der Deutschen ist ausgefüllt mit Geschäftsnachrichten aller Art, abgesehen von der Katholikenbedeckung und ein begleitender Aufzählung. Wie scheint, daß die Thüringer Volkszeitung keinen Wert vorzuhaben scheint. Wie steht es in unserer Sächsischen Volkszeitung doch oft so leer aus im Angelenteil! Und doch hat die Sächsische Volkszeitung einen weit größeren Beigehalt als die Thüringer Volkszeitung. Und in Dresden allein wohnen gewöhnlich mehr Katholiken als in Erfurt (Beide Städte sind doch wohl auch als Sprachorgane der konfessionellen Wiederkehr in ihren Verbreitungsbereichen austauschen). Siegt da nicht ein Mano vor den beiden der Sächsischen Volkszeitung? — Vor einigen Tagen erzählte mir ein Dresdner Herr, er beweist mit Benutzung der Annonsen der Sächsischen Volkszeitung ein schönes Geschäft in Sachen erwischen können. Und eine Hausfrau verfügte einst, die Sächsische Volkszeitung habe sie noch nicht in Blick gelesen, wenn sie Dienstboten für ihre Familie gesucht hätte. So mag zugegeben sein, daß nicht jedem der Erfolg der Annonsen in unserer Zeitung ein gleich gutes ist. Über ganz gewiß könnte er es sein, wenn 1. unsere Parteidräger im Lande die Sächsische Volkszeitung für ihre politischen Anzeigen mehr ausnutzen würden und 2. wenn die Zeitung die Zeitung dieser Anzeigen besser berücksichtigen und sich vor allem auch immer ausdrücklich auf diese Anzeigen unerschöpflich beziehen. — Wir leben es ja gern, wenn unsere Schriftleitung uns von Zeit zu Zeit verständigt darf, daß der Abonnemententstand unangefochten besteht. Damit dürfen wir uns aber nicht begnügen wollen. Ein jeder muß zu seinem Teil auch dazu beitragen, daß die Zeitung an Werbedruck gewinnt und ihre Stellung mehr und mehr festigt. Und das gelingt vor allem durch die Anzeigen, die man der Zeitung zuwenden, und durch die Werbetaufstellung dieser Anzeigen vor allen anderen. Es ist doch gewiß für jeden verdienstvollen Menschen außer allem Nutzen, daß in einer Zeitung, die nicht Drogen von Seiten für Annonsen hergibt, eine Ankündigung irgend welcher Art viel eher auffällt und in das Bewußtsein des Leser eindringt wie in einem Organ, das mehr oder weniger mit Anzeigen überchwemmt wird. Vor allem sollten da die Dresdner Parteidräger mit dem besten Beispiel vorangehen.

Rechtlich verhält es sich mit den Familienhandanzügen aller Art. Wie oft überseht man solche in den großen Blättern unserer großen Städte, zumal man vielleicht auch gerade nicht das von ihnen in die Hand bekommt, das die Anzeige erhalten hat. Wir kennen Katholiken, die prinzipiell nur in ihrer Zeitung, der Sächsischen Volkszeitung, solche Anzeigen bekannt geben. Durch die Sächsische Volkszeitung kommen sie sofort in die Kreise, die man sie gewöhnlich treffen will. Auch in dieser Beziehung stehen wir aber noch längst nicht auf der Höhe. Unser Wunsch geht dahin, daß wenigstens zwölf die Sächsische Volkszeitung auch in dieser Richtung berücksichtigt würde. Auch das heißt miterbeiten zur Stärkung unserer Zeitung!

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Schriftleiter Paul Helein; für den Literarischen Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der „Saxonie-Buchdruckerei A. m. b. H.“ zu Dresden

Die deutlichen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen

Im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Clerus zu Dresden herausgegeben von Dr. J. Neuner, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Seppelt.

Vorher sind erschienen:

- Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto.
- Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. W. X. Seppelt.
- Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Neuner.
- Heft 4: Vorsorge und Völkerfürsorge. Von Dr. Otto Gans, S. A.
- Heft 5/6: Grundzügliches zum Programm des Zentrums als einer christlichdemokratischen Volkspartei. Von Dr. W. Schleemann.
- Heft 7: Freiheit für unsere Orden. Von Konfessorialseffessor Dr. Oskar Poller.
- Heft 8: Die Sozialdemokratie am Niederr. Von Dr. Nieder.
- Heft 9: Neue Sichtweise und Pflichten der katholischen Frau. Von P. Augustin Möller, C. SS. R.

Preis jeder Heft 50 Pf., portofrei zugestellt 55 Pf., bei Doppelheft 5/6 1 Mt., portofrei 1 Mt. 10 Pf.

Sämtliche Hefte sind durch die Geschäftsstelle der „Sächs. Volkszeitung“ zu beziehen u. bitten wir um Bestellung nach Holbeinstr. 46.

Kunststofferei u. Weberei Dresden-A.

Marschallstr. 29 Fernspr. 17331

Spezialität: Kunststoffe Stopfung oder Einwebung von Brandlöhern, Eisen-, Metall- und Mäusefäß, Schnüren in Garderoben, Gebild, Tüllen, Gardinen, Billard-Tüchern und Geweben aller Art. Besonders ersteklassige Spezialkräfte für alle Arten von Teppichen, Parkettieren usw.

Strümpfe

Lager in Strümpfwaren, Trikotagen. Mechanische Strickerei Osk. Köhler, Strumpfwirk-Matr. Dresden, Alaustr. 14.



Zentrum – Christliche Volkspartei Ortsgruppe Leipzig, Bezirk Ost

Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr findet im Restaurant „Himmelreich“, Niederkirch 10, eine Mitgliederversammlung statt, in der Herr Lehrer Rückert über das Thema „Das Zentrum und die gegenwärtige Lage“ sprechen wird. Erscheinen aller Mitglieder ist Ehrensache. Gäste willkommen.

Abonnements auf sämtliche Zeitschriften:

Felix Schnalke

Alaunstraße Nr. 21 Dresden Nähe Albertplatz 2
Papier- und Schreibwaren
Gebetbücher :: Bildereinrahmung
Ausführung sämtlicher Buchbinderei-Arbeiten.
Schreibhefte Stück 33 Pfennige

Jünglinge

vom 16. Lebensjahr an, welche sich im Ordensstande der Krankenpflege widmen möchten, können bei den Barmherzigen Brüdern zu Montabaur (Prov. Nassau) Aufnahme finden.

3-4 Zimmerwohnung
am 1. Oktober in Dresden oder einem Vororte Dresden preisgünstig. Bitte Zuschriften unter „R. G. 4824“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Dirigent: Organist Paul Walde
Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25 Sprechz. 19-1
Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Hobby
Vorlesungen und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) = Anfänger von Klavierschule und Violinschule für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Läute, Handorgel u. a. w. Theorie, Zusammenspiel, Musikgeschichte, Dirigierung, Schauspielkunst - Schiller-Gesellschaft und Chorlehrkunst. Mitwirkung und Auftritt in Konzerten und Theatern. Unterricht in Klavierschule und Violinschule.

Der hochw. Sr. Bischof J. Schulte

Appell an die kath. Eltern

Die Erlasse Sr. Bischoflichen Gnaden sind als

Sonderabdruck

aus Nr. 135 der Sächsischen Volkszeitung vom 16. Juni 1919 erschienen und werden zum Selbstostenpreis (250 St. 11 Mt., 1000 St. 19 Mt., 2000 St. 30 Mt., 10 000 St. 95 Mt.) abgegeben.

Bestellungen nimmt entgegen

Saxonie-Buchdruckerei GmbH.
Dresden-A., Holbeinstraße 46